

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
11 (1897)**

64 (17.3.1897)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-260081](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-260081)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis pro Monat (inkl. Frangirung) 70 Pfg., bei Subskription 60 Pfg.; durch die Post bezogen (Postamtsschein Nr. 5209) vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., monatlich 70 Pfg. excl. Frangirung.

Redaktion und Expedition:
Sant, Neue Wilhelmshavener Straße 38.
Telephon - Anichisch Nr. 58.

Inserate werden die häufigste Sorte Corporeelle oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt. Schwierigeres Gas nach höherem Tarif. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 12 Uhr Mittags im der Expedition aufgegeben sein. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 64.

Bant, Mittwoch den 17. März 1897.

11. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

191. Sitzung vom 12. März.

Am Bundeskanzler: v. Bülow, Reichsminister.

Landtag wird die Überleitung der Reichs-Kassen und Einnahmen für das Etatsjahr 1897/98 in bitterer Beratung und in der Gesamtentscheidung ohne Zwischenstufen erledigt.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung, die Beratung, betreffend die Erziehung eines Oberbefehlshäufers für die großen Krieg, wird auf Verlangen des Reichstages „auf nächste Zeit“ zurückgestellt.

Es folgt deshalb die zweite Beratung eines Gesetzes gegen Verbrechen überführiger Reichsbeamten aus dem Etatsjahr 1897/98 zur Schuldenbegleichung.

Reichsminister v. Bülow (Zentr.): Der Reichstag ist in der Kommission angebetet worden. § 1 der neuen Fassung ändert dem Reich 30 Millionen mehr, als die Preussensche Reichsminister (130 Millionen), um die Summe der Schuldenbegleichung denselben zu machen. In § 2 sind dem Reich drei Viertel der baren Überweisungen referiert zur Schuldenbegleichung, statt der Hälfte, wie die Vorlage mochte. § 3 bestimmt, daß kein Reichsminister betrogen zur Schuldenbegleichung referiert werden soll, um welchen etwa im Etatsjahr 1897/98 das Rechnungsergebnis der Überweisungssummen höher sein wird, als das Staatslohn.

Reichsminister v. Bülow (Zentr.) erklärt, es sei begründeter Ansicht vorhanden, daß die verschiedenen Regierungen dem Reichstag, wie ihn die Kommission gefaßt hat, zustimmen werden.

Abg. Richter (Zentr.) hat Bedenken gegen den § 3, der im Reichstagen auf den Reichsminister zuzustimmen ist. Der Reichstag hat die erste Schritt zur Aufgabe der lex Reumensien.

Reichsminister v. Bülow (Zentr.) sagt die Bedenken des Abg. Richter zu verwerfen. Die Zustimmung wird hiermit geschlossen.

Die einzelnen Paragraphen des Entwurfs werden angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern.

Die Zölle „Zölle“ und „Zabststeuer“ werden ohne Debatte erledigt.

Bei der Zuckersteuer (51 Millionen Mark) bezieht sich Abg. v. Schütz (Rechts) über ungenügende Kontingentierung, die das neue Zuckererzeugnis über die Zuckerzölle seiner Herkunft herbeiführt habe.

Reichsminister v. Bülow (Zentr.) erklärt, das neue Zuckererzeugnis könne nicht ungenügend, da es sich eben bei der Kontingentierung ungenügend, ebenfalls ist das Gesetz nicht verlegt worden. Fürsicht empfiehlt es sich aber, die Zölle, die über die Kontingentierung zu entstehen haben, anzuerkennen, bei der Kontingentierung neuer Zölle mit äußerster Vorsicht zu verfahren.

Abg. v. Kardorff (Rechts): Die Klagen über ungenügende Kontingentierung haben sich schon beim Stimmensausgang geltend gemacht. Ich behaupte noch heute, daß man damals einen Vorstoß, landwirtschaftliche Sachverhältnisse berücksichtigen, abgelehnt hat. Auch bei der Zuckersteuer sollte die Kontingentierung nicht nur in den Händen der Steuerbehörden, sondern auch landwirtschaftlicher Sachverständiger liegen. Schließlich empfiehlt es sich, daß der Bundesrat eine besondere Kommission zur nachträglichen Kontrolle der Kontingentierung einsetzt.

Abg. v. Staudt (links) erinnert daran, daß er viele Beschwerden im vorigen Jahre vorgebracht habe, und behauptet, daß man nicht, wie er anzeigt, einen Reklamationsgericht für Kontingentierungsberechtigten einrichtet habe.

Drei Polakowitsch, meist auf die technischen Schiedsrichter bei der Klärung der einzelnen Forderungen im Kontingent hin; Sachverständige würden schon jetzt hinzugezogen.

Abg. v. Pöschke (Rechts) behauptet, daß hinsichtlich der Kontingentierung vorzuziehen sein und behauptet, daß die Zuckersteuer so festzusetzen werden soll, daß für die Zuckerproduzenten eintritt. Hieran trage die Zölle (Zentr.) nicht, denn die mit ihrer Zustimmung ergriffene Kontingentierung begründete große die großen Zölle. Er hoffe, daß die Art der Kontingentierung bald, und zwar auf Antrag der Regierung, geändert werde. Er selbst werde sich halten, jenseit wieder seinen Namen zu einem Kontrakt, der sich auf die Zuckersteuer bezieht, besorgen. (Während dieser Rede ist der Reichsminister v. Bülow (Zentr.) erschienen.)

Abg. v. Pöschke (Rechts) findet es ganz berechtigt, daß die Regierung jetzt die Möglichkeit der Zuckersteuer abzugeben lasse. Die Zuckerproduzenten seien mit einem gewissen Nutzen in die Zukunft. Wir wollen doch aber aufpassen, wenn die Herren über letzte Tage verhandeln. Der Reichstag unter Führung des Abg. v. Pöschke. Das einzige Mittel zur Rettung der Zuckersteuer ist die Befreiung der Weizen im Klugemein. Daß die Regierung Verhandlungen mit den anderen Ländern hierüber eingeleitet!

Reichsminister v. Bülow (Zentr.) erklärt, das Reichsminister v. Bülow (Zentr.) erklärt, es sei begründeter Ansicht vorhanden, daß die verschiedenen Regierungen dem Reichstag, wie ihn die Kommission gefaßt hat, zustimmen werden.

Abg. Richter (Zentr.) hat Bedenken gegen den § 3, der im Reichstagen auf den Reichsminister zuzustimmen ist. Der Reichstag hat die erste Schritt zur Aufgabe der lex Reumensien.

Reichsminister v. Bülow (Zentr.) sagt die Bedenken des Abg. Richter zu verwerfen. Die Zustimmung wird hiermit geschlossen.

Die einzelnen Paragraphen des Entwurfs werden angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern.

Die Zölle „Zölle“ und „Zabststeuer“ werden ohne Debatte erledigt.

Bei der Zuckersteuer (51 Millionen Mark) bezieht sich Abg. v. Schütz (Rechts) über ungenügende Kontingentierung, die das neue Zuckererzeugnis über die Zuckerzölle seiner Herkunft herbeiführt habe.

Reichsminister v. Bülow (Zentr.) erklärt, das neue Zuckererzeugnis könne nicht ungenügend, da es sich eben bei der Kontingentierung ungenügend, ebenfalls ist das Gesetz nicht verlegt worden. Fürsicht empfiehlt es sich aber, die Zölle, die über die Kontingentierung zu entstehen haben, anzuerkennen, bei der Kontingentierung neuer Zölle mit äußerster Vorsicht zu verfahren.

Abg. v. Kardorff (Rechts): Die Klagen über ungenügende Kontingentierung haben sich schon beim Stimmensausgang geltend gemacht. Ich behaupte noch heute, daß man damals einen Vorstoß, landwirtschaftliche Sachverhältnisse berücksichtigen, abgelehnt hat. Auch bei der Zuckersteuer sollte die Kontingentierung nicht nur in den Händen der Steuerbehörden, sondern auch landwirtschaftlicher Sachverständiger liegen. Schließlich empfiehlt es sich, daß der Bundesrat eine besondere Kommission zur nachträglichen Kontrolle der Kontingentierung einsetzt.

Abg. v. Staudt (links) erinnert daran, daß er viele Beschwerden im vorigen Jahre vorgebracht habe, und behauptet, daß man nicht, wie er anzeigt, einen Reklamationsgericht für Kontingentierungsberechtigten einrichtet habe.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Dr. v. Pöschke und v. Staudt wird die Zustimmung geschlossen.

Der Titel „Zuckersteuer“ wird hiermit genehmigt. Beim Titel der „Zuckersteuer“ wird hiermit genehmigt.

Abg. Dr. v. Pöschke (Rechts) auf die Gründung einer landwirtschaftlichen Spirituskommission hin, die seitens der Regierung nicht genügend unterfütigt werde.

Abg. Richter (Zentr.): Das ist nicht richtig, denn sogar das Staatsministerium ist in besonders feierlicher Sitzung mit Spirituskommission beauftragt worden. (Beitritt.) Man will mit der Spirituskommission ohne Geschäftsbefugnis in Sachen der Landwirtschaft mit Staatsmitteln gefordert haben.

Abg. v. Kardorff (Rechts): Der Abg. Richter meinet sich freilich gegen Alles, was der Landwirtschaft zu Gute kommen kann. Wenn jetzt eine Spirituskommission ohne Geschäftsbefugnis in Sachen der Landwirtschaft mit Staatsmitteln gefordert haben, dann ist das ein Verstoß gegen die Verfassung.

Reichsminister v. Bülow (Zentr.) erklärt, es sei begründeter Ansicht vorhanden, daß die verschiedenen Regierungen dem Reichstag, wie ihn die Kommission gefaßt hat, zustimmen werden.

Abg. Richter (Zentr.) hat Bedenken gegen den § 3, der im Reichstagen auf den Reichsminister zuzustimmen ist. Der Reichstag hat die erste Schritt zur Aufgabe der lex Reumensien.

Reichsminister v. Bülow (Zentr.) sagt die Bedenken des Abg. Richter zu verwerfen. Die Zustimmung wird hiermit geschlossen.

Die einzelnen Paragraphen des Entwurfs werden angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern.

Die Zölle „Zölle“ und „Zabststeuer“ werden ohne Debatte erledigt.

Bei der Zuckersteuer (51 Millionen Mark) bezieht sich Abg. v. Schütz (Rechts) über ungenügende Kontingentierung, die das neue Zuckererzeugnis über die Zuckerzölle seiner Herkunft herbeiführt habe.

Reichsminister v. Bülow (Zentr.) erklärt, das neue Zuckererzeugnis könne nicht ungenügend, da es sich eben bei der Kontingentierung ungenügend, ebenfalls ist das Gesetz nicht verlegt worden. Fürsicht empfiehlt es sich aber, die Zölle, die über die Kontingentierung zu entstehen haben, anzuerkennen, bei der Kontingentierung neuer Zölle mit äußerster Vorsicht zu verfahren.

Abg. v. Kardorff (Rechts): Die Klagen über ungenügende Kontingentierung haben sich schon beim Stimmensausgang geltend gemacht. Ich behaupte noch heute, daß man damals einen Vorstoß, landwirtschaftliche Sachverhältnisse berücksichtigen, abgelehnt hat. Auch bei der Zuckersteuer sollte die Kontingentierung nicht nur in den Händen der Steuerbehörden, sondern auch landwirtschaftlicher Sachverständiger liegen. Schließlich empfiehlt es sich, daß der Bundesrat eine besondere Kommission zur nachträglichen Kontrolle der Kontingentierung einsetzt.

Abg. v. Staudt (links) erinnert daran, daß er viele Beschwerden im vorigen Jahre vorgebracht habe, und behauptet, daß man nicht, wie er anzeigt, einen Reklamationsgericht für Kontingentierungsberechtigten einrichtet habe.

Die Debatte der anderen Parteien verläuft ruhig, sich auf's Wort.

Die Debatte wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten der Budgetkommission überwiesen.

Der Rest der auf der Tagesordnung stehenden Etats wird ebenfalls nach den Wünschen der Kommission genehmigt.

Reichsminister v. Bülow (Zentr.): Das ist nicht richtig, denn sogar das Staatsministerium ist in besonders feierlicher Sitzung mit Spirituskommission beauftragt worden. (Beitritt.) Man will mit der Spirituskommission ohne Geschäftsbefugnis in Sachen der Landwirtschaft mit Staatsmitteln gefordert haben.

Abg. Richter (Zentr.): Das ist nicht richtig, denn sogar das Staatsministerium ist in besonders feierlicher Sitzung mit Spirituskommission beauftragt worden. (Beitritt.) Man will mit der Spirituskommission ohne Geschäftsbefugnis in Sachen der Landwirtschaft mit Staatsmitteln gefordert haben.

Reichsminister v. Bülow (Zentr.) erklärt, es sei begründeter Ansicht vorhanden, daß die verschiedenen Regierungen dem Reichstag, wie ihn die Kommission gefaßt hat, zustimmen werden.

Abg. Richter (Zentr.) hat Bedenken gegen den § 3, der im Reichstagen auf den Reichsminister zuzustimmen ist. Der Reichstag hat die erste Schritt zur Aufgabe der lex Reumensien.

Reichsminister v. Bülow (Zentr.) sagt die Bedenken des Abg. Richter zu verwerfen. Die Zustimmung wird hiermit geschlossen.

Die einzelnen Paragraphen des Entwurfs werden angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern.

Die Zölle „Zölle“ und „Zabststeuer“ werden ohne Debatte erledigt.

Bei der Zuckersteuer (51 Millionen Mark) bezieht sich Abg. v. Schütz (Rechts) über ungenügende Kontingentierung, die das neue Zuckererzeugnis über die Zuckerzölle seiner Herkunft herbeiführt habe.

Reichsminister v. Bülow (Zentr.) erklärt, das neue Zuckererzeugnis könne nicht ungenügend, da es sich eben bei der Kontingentierung ungenügend, ebenfalls ist das Gesetz nicht verlegt worden. Fürsicht empfiehlt es sich aber, die Zölle, die über die Kontingentierung zu entstehen haben, anzuerkennen, bei der Kontingentierung neuer Zölle mit äußerster Vorsicht zu verfahren.

Abg. v. Kardorff (Rechts): Die Klagen über ungenügende Kontingentierung haben sich schon beim Stimmensausgang geltend gemacht. Ich behaupte noch heute, daß man damals einen Vorstoß, landwirtschaftliche Sachverhältnisse berücksichtigen, abgelehnt hat. Auch bei der Zuckersteuer sollte die Kontingentierung nicht nur in den Händen der Steuerbehörden, sondern auch landwirtschaftlicher Sachverständiger liegen. Schließlich empfiehlt es sich, daß der Bundesrat eine besondere Kommission zur nachträglichen Kontrolle der Kontingentierung einsetzt.

Abg. v. Staudt (links) erinnert daran, daß er viele Beschwerden im vorigen Jahre vorgebracht habe, und behauptet, daß man nicht, wie er anzeigt, einen Reklamationsgericht für Kontingentierungsberechtigten einrichtet habe.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die parlamentarischen Arbeiten. — Der Centorenkongress des Reichstages hat am Freitag in Bezug auf die weitere Förderung der parlamentarischen Arbeiten sich dahin schlüssig gemacht, daß in der zweiten Hälfte dieser Woche, unter der Voraussetzung, daß die Budgetkommission rechtzeitig zum Abschluß kommt, die zweite Beratung des Etats zum Abschluß gebracht, also vor der Centorenarbeit erledigt wird. Nach der Feier soll dann die dritte Lesung des Etats erfolgen, so daß dieser ebenfalls bis zum 1. April fertiggestellt wird. In den ersten Tagen des April soll dann die Beratung der Novelle zum Anwaltsvereinsgesetz und kleinerer Vorlagen, Petitionen usw. die Zeit bis zu den Osterferien ausfüllen. Ueber den voraussichtlichen Verlauf der Session wird der „Münchener Allg. Zeitung“ aus Berlin geschrieben: „In politischen

Die Rückkehr von Mekka.

Wieder aus dem orientalischen Welttheater von F. Anneri.

(Nachd. von den Red.)

Als seine Kollegen merkten, daß es ihm voller Ernst sei, erklärten sie sich mit seinem sofortigen Austritt einverstanden, sofern er noch im Laufe des Tages zwei Pfund in Gold an Kautelen, den Helferten der Gruppe, zahlen würde.

Als der Morgen anbrach, begleitete Kaufmann Chamu nach seiner Wohnung und nahm die ausgemachte Summe in Empfang.

Nachdem der Fremde verschwunden war, wollte sich Zeila an Chamus Brust werfen; aber sie stand davon ab, als ihr Gatte in drohender Tone rief: „Mühe mich nicht an, Unselige! Ich habe in dieser Nacht in ein Bethaus blicken und einen Selbstmord befehlen müssen. Weide mir fern!“

Es war weniger der hatte Ton, als der furchtbare, ihr rätselhaftes Bild Chamus, der Zeila niederzudrückte. Sie hatte die kleinen Vornehmenkinder zu machen und verließ in flatter Bekleidung das Zimmer. „Was hat er?“ dachte sie. „Weiß er etwas?“ — Und was kann er wissen?“

Als Zeila die Thür geschlossen hatte, schmeigte sich das sechsjährige Töchterchen Chamus an den Vater und sagte: „Ach, ich habe mich in der Nacht so sehr gefürchtet.“

„Warum, mein Kind?“

„Weil die Mutter in der Nacht so viel sprach und lachte. Denke Dir! mit einem fremden Mann. Ich konnte ihn aber nicht sehen; auch

reden sie so leise miteinander, daß ich kein Wort verstehen konnte.“

„Dast Du es schon der Mutter gesagt?“

„Nein.“

„Warum nicht, mein Kind?“

„Weil ich mich fürchte vor ihr; denn sie würde mich wieder so sehr, so furchtbar schlagen. Es war mir schon früher einmal so, wie ich Dir sagte; da erzählte ich es der Mutter, und sie schlug mich entsetzlich, weil ich einen gottlosen Traum gehabt hätte. Und darum, schieß Tu! darum sage ich es ihr lieber nicht. Nicht richtig, es war kein Traum, diesmal gewiß nicht. Von unten rief eine Stimme: Christophos, Christophos!“

Dann wurde die Menge in der Stube ausgehoben. Bald darauf schied der Mann fort. Wie sollte es ein Traum gewesen sein?“

Chamu brach bei diesen Worten der Angstschweiß auf der Stirn aus. Er fuß kein Kind jählich an und küßte es auf die Stirn. Dann sagte er: „Dast Du Deinen Vater lieb?“

„Ja“, sagte die Kleine, „so, so sehr lieb.“

Dabei legte sie die Handchen um seinen braunen Hals und küßte ihn auf die Wangen.

„Dore! es war doch nur ein Traum, ein böser, ganz häßlicher Traum, der Dich gemacht und gequält hat. Damit aber die Zeila Dich nicht für ein ganz schlechtes, gottloses Kind halten, wirst Du zu Niemand in der ganzen Welt davon sprechen. Niemand, es Dich aber später quält, dann sage es mir nur, da wollen wir Beide, nur wir, davon reden. Dast Du mich verstanden, mein kleiner Liebling?“

Die Kleine küßte dem Vater die Hände und verpackt Alles, was er wollte, in verschleißiger, sah feierlicher Art; dann ging sie zu ihren kleinen Geschwister, um ihnen bei dem Ankleiden behilflich zu sein.

Als Zeila zurückkehrte und den Garten mit einem schönen Blick von der Seite maß, sagte Chamu ohne die Spur einer inneren Bewegung zu ihr: „Weißt Du, ich habe in der Nacht viel Angst gefühlt und etwas seltsames Luft wurde mir so thun. Wenn Du willst, so können wir bald eine Kaufahrt machen.“

Zeila athmete froh auf; der Vorstoß beunruhigte sie vollständig und mit schilleriger Freude wurde sie ihn an. Sie dachte: Er war vorher mißgelaunt; er weiß nichts. Dann fragte sie: „Wozum hast Du dem Kautelen zwei türkische Gold-Lira gegeben?“

„Weil ich mit dem Columbusdacht nichts mehr zu thun haben mag; ich will Nachts im eigenen Heim sein können.“

„Das ist recht, ist gut so“, sagte sie monoton, „ganz, ganz recht.“ — Geheim aber überlegte sie, wie sie nun mit Christophos zusammenkommen könnte. Es fiel ihr augenblicklich nichts Passendes ein, und sie tröstete sich: „Wird sich schon finden; er ist ja so reich an durchtriebener List.“ Und der Geist strahlte in Verleitet.

Alles, was Zeila an diesem Tag und Schluß besaß, legte sie an, dann verließ sie den Garten das Haus. Da es die Stille verbot, daß sie nebenanher ginge, so eilte Chamu voraus, und die Mutter folgte ihm nach Jerni-Nahalle; als sie an den Strand kam, schwanke das Raif,

in dem Chamu schon lag, genau auf derselben Stelle, an welcher die Wogen den Verdammt des Christophos verschlungen hatten.

Chamu ließ Zeila einsteigen und ließ ab. Sie wunderte sich darüber, daß er so ein altes Raif mit morschen Planken gemacht habe, und er entgegnete, daß das Raif allerdings einem schwimmenden Saure nicht unähnlich sei, aber für seine Zwecke es sei ausgezeichnet. Er hatte inzwischen die Jacke abgelegt und mit gemalten Ruderstrichen das Raif in das offene Meer hinausgetrieben. Er ruderte meisterhaft und bald war die Entfernung zum Strande so groß, daß die Personen auf dem Lande unkenntlich wurden und die einzelnen kleineren Gegenstände darauf in einander zu verschmelzen schienen.

Zeila freute sich der schnellen Fahrt und rief begeistert: „Du fährst vorzüglich; nur Dein Bruder Namadann bleibt Dein Weiler.“

„Freudlich mit ihm komme ich nicht entfernt mit, er ist auch ein Virtuoso, vielleicht der erste unter allen Raiffahrern.“ Dabei sog er die Ruder etwas ein und überließ das schwache Fahrwerk der Meeresströmung. Dann sagte er mit etwas erhobener Stimme: „Zeila, seit wann besuchst Dich Christophos?“

Alles Blut war bei dieser Frage, die hart, scharf und unerwartet wie ein Dolch aus der Scheide hervorsprang, aus dem Gesicht der Mutter entwichen. Wie entsezt brach sie zusammen, und ihre Lippen stammelten etwas Unverständliches.

(Fortsetzung folgt.)

Stellen bricht sich mehr und mehr die Auffassung Bahn, daß das positive Erträgnis der laufenden Session, abgesehen von dem Etat, kein sehr großes sein werde. Eine Abminderung macht sich in Regierungs- und Reichsgerichtsstellen gleichmäßig fühlbar, und man ist zuversichtlich, wenn noch das Notwendige erledigt wird.

Jedenfalls wird das Handelsgelehrte fertig sein, wenn der Reichstag auseinandergeht, was spätestens kurz vor Pfingsten zu erwarten sein dürfte. Nicht unbillig erscheint es, wenn in weiten parlamentarischen Kreisen erwartet wird, daß die übrigen durch die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs bedingten juristischen Reformen, insbesondere die über die Zivilprozedurordnung und Konfiskation, zu den ersten Vorlesungen gehören werden, die in der künftigen Session an den Reichstag kommen. Eine gleiche Regelung der nächsten Tagung, wie bei der diesjährigen zu konstatieren gewesen, dürfte schmerzlich beabsichtigt sein; da es sich um die letzte Session vor den Wahlen handelt, fehlt es ja ohnehin nicht an Anlässen zu Schwierigkeiten aller Art. Was die Militär-Strapazierreform anbelangt, so wird außerdem Vernehmen nach zur Zeit noch über eine Modifikation des wesentlichen Inhalts der Vorlage verhandelt, der sich auf die richterliche Verantwortlichkeit bezieht. Das Zustandekommen einer Verhandlung zwischen dem Cavouran nicht außer allem Zweifel. Wenn die Verhandlungen zum Abschluß kommen werden und wenn der Reformentwurf in das Stadium der parlamentarischen Beratung treten oder gar bauliche Verlesungen wird, das läßt sich vorläufig noch nicht voraussehen.

Ueber das Häutgewerbe in Deutschland wird zum ersten Male eine amtliche Statistik veröffentlicht nach Vorgabe der Berufsstatistik vom 14. Juni 1895. Daraus ergibt sich, daß im Deutschen Reich die Gesamtzahl der Häutgewerbetreibenden, wenn man die selbstständigen Häutner im Hauptberuf und Nebenberuf, deren Begleiter und auch die vom stehenden Gewerbebetriebe ausgehenden Häutner mitrechnet, nur 126 880 Köpfe zählt, also noch nicht ein Viertel Prozent der Bevölkerung. Daraus ergibt sich, wie ungerichtet die Klagen sind, als ob das Häutgewerbe in der Konkurrenz mit dem stehenden Gewerbe auf dessen Verdienst einen erheblichen Einfluß ausüben könnte. Landtschaftlich kommen die Häutgewerbetreibenden in größerer Zahl auf das Königreich Sachsen mit 14 829 Köpfen, Mecklenburg mit 13 472, westpreussisches Bayern mit 10 749, Sachsen mit 9547, Provinz Sachsen mit 7830, Württemberg 7631, Elbschleieringen mit 6036, Baden mit 5654 Köpfen. Nach dem Beruf kommen auf den Handel 113 520 Köpfe, auf Kunst, Theater, Schaustellungen eine höhere Konzentration 8118 Köpfe, auf die Landwirtschaft dagegen entfallen nur 98. Es sind dies theils Gärtner, die mit Samen in Umherziehen handeln, theils hausende Krabbler, theils solche, welche Geflügel (auch Eingekügel) und Fische (Stöfische) jüden und damit häutten. In der Berufsabteilung Industrie werden 5124 Häutgewerbetreibende gezählt, darunter 878 Scherer, Kleber, Verzugsfleischer, 759 Rothschäfer, 405 Weber, 356 Flechter mit Holz und Stro, 332 Wärrmacher und weiterhin 153 Webstühle, 114 Glaser usw. Gegenüber dem Durchschnittsgehalt von 2,45 Häutner auf 1000 Einwohner des Reichs erscheinen demnach mit den niedrigsten Verhältnissen Posen (0,80), Ostpreußen (0,86), Westpreußen (0,97), Württemberg (1,38), Schaumburg-Verden (1,45). Relativ am meisten Häutner finden sich in Großpolen (8,83 pro Wille), Ostpreußen (4,35), Sachsen (3,95), Schwarzburg-Rudolstadt (3,91), Hamburg (3,91), Elbschleieringen (3,72), Württemberg (3,69), Mecklenburg-Strelitz (3,49), Braunschweig (3,47), Baden (3,46).

Ueber den Verkehr der Gewerbe-Aufsichtsbeamten mit den Arbeitern äußert sich der bairische Aufsichtsbeamte Dr. Wörthofer in seinem neuesten Jahresbericht dahin: „Im Verkehr mit den Arbeitern, besonders in den Erwerbstunden, tritt manchmal das bei ihnen, selbst wenn sie gewerkschaftlichen Organisationen angehören, vorhandene Gefühl der Abhängigkeit in einer Weise so Tage, die auch dann überraschend ist, wenn man diese Dinge durch unmittelbare Wahrnehmung schon öfters kennen gelernt hat. Es kommt z. B. vor, daß Arbeiter darüber klagen, daß sie unter tauschenden, schledten, fast unvollkommenen Löhnen zu leiden hätten, oder daß sie sich dadurch heftige Erfahrungen zuziehen, daß auch bei der strengsten Räte ein in der Nähe des Arbeitsplatzes befindliches großes Thor wegen gewisser Betriebsvorgänge längere Zeit geöffnet werden müsse. Wenn man sich dann danach erkundigt, warum sie solche Mißstände, deren Beseitigung doch eigentlich selbstverständlich sei, dem Arbeitgeber nicht mittheilen, so sprechen sie sich unter eingehender Begründung dahin aus, daß sie einzeln nicht wagen dürften, irgendwelche Wünsche mit Bezug auf ihr Arbeitsverhältnis zu äußern. Nach vielfachen Wahrnehmungen müßten sie annehmen, daß sie dann auch bei dem humanen Arbeitgeber ihres Arbeitsplatzes nicht lange fortdauern könnten. Selbst Arbeiter, die als Vorstände gewerkschaftlicher Organisationen fungieren, zeigen sich nach dieser Richtung sehr besorgt. Bei den Ausfäheren, die Arbeiter mit uns suchen, und bei den schriftlichen Mittheilungen, die sie uns machen, sprechen sie in der Regel die Bitte aus, ihren Namen nicht zu nennen, da sie

sonst unfehlbar gemahnet würden. Wenn auch dieses Erüthen durchaus überflüssig ist, so kann das Gleiche doch nicht von den ausgeprochenen Beirathung gesagt werden. Daß die Arbeiter diese Beirathung nicht zu Unrecht bevorzugen, geht, abgesehen von Anderem, auch daraus hervor, daß mehrmals Arbeiter sich große Mühe gaben, um uns zu erfahren, welche Arbeiter uns Mittheilung gemacht hätten. Auch wenn Arbeiter aus Anlaß von Beschwerden bei dem Besuche von Fabriken in Abwesenheit der Arbeitgeber geholt werden, zeigen sie sich sehr zurückhaltend. Ueberhaupt wird man von den direkten Forderungen der Arbeiter, auf die von manchen Seiten so gern hingewiesen wird, nichts gemahr, sobald man mit ihnen in gesäßliche Verhandlung tritt. Die Rücksicht auf die Erhaltung der Familie ist für den verheirateten Arbeiter, auch wenn er einer Organisation angehört, der Alles beherrschende Gesichtspunkt, gerade wie bei den anderen Klassen der Bevölkerung. Man sieht aber auch, in welche inneren Konflikte ein lediger und überzeugungstreuer Arbeiter kommen kann, wenn er von der Rücksicht auf seine Familie und von der Verpflichtung als Vorstand eines Arbeitervereins, für die Interessen der Arbeiter einzutreten, nach entgegengelegten Richtungen angezogen wird. Wenn es sich hier auch meist nicht um große Dinge handelt, liegen in gewissen Fällen doch tragische Konflikte vor. Die Arbeiter nehmen solche Dinge aber nicht leicht, und man merkt ihnen öfters den inneren Kampf an, in welchem sie sich befinden. Diese Wahrnehmung wird durch die hartnäckige Geminnung und durch das vertrauensvolle Entgegenkommen der Arbeiter bestätigt, wenn man sie von diesen inneren Widersprüchen befreit. Es handelt sich hier um Vorgänge in der Tiefe der Volkseele, denen man durch landläufige Behandlung sozialer Dinge nicht beikommen kann.“ Es ist anerkennenswerth, daß ein öffentlicher Beamter den stillen Wunsch hat, solche Wahrheiten zu sagen.

Auf dem Gebiete der Vereinigungsgebung geht mit der Befestigung einer der reaktionären Bestimmungen das kleine Reich z. Z. dem großen Preußen voran. Dem Landtage des Fürstenthums ist folgende Vorlage zugegangen. Bekanntlich gelangte im Reichstage vor einiger Zeit ein aus dessen eigener Initiative hervorgegangener Gesetzentwurf zur Annahme, welcher die Aufhebung des Verbotes einer Verbindung politischer Vereine unter einander bezweckte. Der Bundesrath lehnte den Entwurf ab, ließ aber gleichzeitig dem Reichstage in Aussicht stellen, daß das fragliche Verbot in den sämtlichen Bundesstaaten, in denen es in Geltung stehe, außer Kraft gesetzt werden solle. Da nun das veraltete Verbot auch hier zu Lande gilt (zu vergl. 11a des Gesetzes vom 5. Juli 1852, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, Gesetzsammlung Bd. IX S. 64), richten wir auf im Namen Seiner Durchlaucht des Fürsten erhalten höchsten Befehl Seiner Durchlaucht des Erbprinzen an den Landtag das ergebene Ersuchen, zu der Aufhebung desselben die Hand zu bieten und zu dem Behufe dem hienieden angeforderten Gesetzentwurf gefälligst die erforderliche Zustimmung zu erteilen.

Gesetz
vom
betreffend die Aufhebung der Vorschrift
in § 11 unter a des Vereinsgesetzes vom
5. Juli 1852.

Wir Heinrich XIV. x. c. verordnen hierdurch mit Zustimmung des Landtages was folgt:

Die Vorschrift in § 11 unter a des Gesetzes, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, vom 5. Juli 1852 (Gesetzsammlung Bd. IX S. 64) ist aufgehoben. Ueblichlich u. f. w. — Daß der Landtag der Vorlage zustimmt, ist nicht zu bezweifeln. — Wann wohl Preußen, dessen Vereinsgesetz loeben durch den Prozeß Auer und Genossen drathlich gekennzeichnet wurde, dem Beispiel des kleinen Reichs folgen wird? Vielleicht dann, wenn die „Welt der Sozialdemokratie“ ausgerottet ist bis zum letzten Stumpf.

Eine rechtliche Scheidung haben in Baden die Freisinnigen und die Volksparteier vollzogen. Nach demokratischen Blättern „haben sich in der in Offenburg abgelaufenen Sitzung des engeren und weiteren Ausschusses der freisinnigen und deutschen Volkspartei so erhebliche Gegensätze zwischen den Anhängern der beiden Richtungen geltend gemacht, daß ein weiteres Zusammenwirken in derselben Organisation für die Zukunft nicht mehr thunlich erscheint.“

Eine **hürtenliche Streife** haben die Fürther Durchpatrioten über ihre Stadtdäter beschossen. Sie haben alle öffentlichen Behörden zur Genenarbeitsleistung ein — mit Ausnahme des Stadtmagistrats. Und warum diese Trausamkeit? Nachdem das Gemeindefolgeium zur „Jubelfeier“ keine Moneten bewilligte, lehnte der Magistrat es ab, die Festfeier in die Hand zu nehmen. Und deshalb Häuber und Mörder? Der Fürther Korrespondent unseres Bärenberger Parteiorgans bemerkt dazu: „Nützlich wie wir einmal sind, wollen wir unseren armen geschlagene Stadtdäter Erlich bieten für den unheimlichen Bericht auf den patriotischen Prozentanz, den unsere Prozentpatrioten am 22. März aufzuführen, indem wir sie einladen, an unserer Märzfeier teilzunehmen, wo wir

dann gemeinsam die Marjallaise singen und ein Dsch auf die internationale vorkerbereitete Sozialdemokratie ausbringen werden. Zugleich können wir den Herren versichern, daß sie keine Demunstration zu befürchten haben, falls sie etwa aus Berlin kein Hoch auf die Internationale oder beim Gelang der Arbeitermarjallaise singen bleiben sollten. Wir Wilden sind doch bessere Menschen.“

Bei der Bürgerauswahlwahl in Schriesheim (Baden) zeigte die sozialdemokratische Liste mit 68-75 Stimmen. Die Nationalliberalen erhielten 50-58, die Antifemiten 40 bis 49 Stimmen.

Opfer des Klassenkampfes. Nach der Zusammenstellung des „Vorwärts“ wurde im Februar d. J. gegen Sozialdemokraten insgesamt erkannt auf 4017 M. Geld- und 17 Jahre 6 Monate 3 Wochen und 4 Tage Gefängnisstrafe.

Oesterreich-Ungarn.
Wien, 15. März. Zu den Ursachen der sozialdemokratischen Wahlniederlage in Wien bemerkt der dortige Korrespondent der „Frankf. Zig.“ u. A.: „Die Stimmenzahl ist der Sozialdemokratie weit günstiger als der Wahlerfolg. Von insgesamt 378 000 Wahlberechtigten sind 217 000 an den Wahlurnen erschienen, das ergibt eine Wahlbeteiligung von 77 pSt. Für die antifeimischen Kandidaten haben insgesamt 117 000, für die sozialdemokratischen 88 000 gestimmt. Fast 3/4 der abgegebenen Stimmen entfielen also auf die sozialdemokratischen Kandidaten. Von dieser imposanten Minorität hätte man erwarten dürfen, daß sie unter den fünf Mandaten zwei oder mindestens eines dem Sozialdemokraten sichern würde. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Die Wahlfreisinnigkeit ist nämlich den Antifeimern günstig. Bei der Schaffung der fünfsten Kurve hat die Regierung wohlweislich industrie-reiche sozialdemokratische Stadtbezirke mit kleinbürgerlich-antifeimischen Bezirken zu einem Wahlkreis zusammengeworfen. So ist es zu erklären, daß eine Minorität von drei Siebenteln nicht einmal ein Fünftel der Mandate zu erlangen vermochte.“ Am Schluß seiner Betrachtung bemerkt das genannte Blatt dann: „Im Uebrigen braucht die Sozialdemokratie unter getriggen Mißfolge nicht trübselig zu nehmen. Daß die große Masse der Wiener politisch unteuf, kirchlich-antifeimisch ist, hat man schon lange gewußt und geteilt nach zahlreichem bestätigt erhalten. Von der Sozialdemokratie andererseits weiß man, daß sie in Wien 40 000 Mann in ihren Organisationen zählt. Ihre getrige Stimmenzahl betrug im Ganzen 88 000; davon sind etwa 15 000 liberale, sozialpolitische und demokratische Stimmen abzugeben, bleiben vielleicht 73 000 sozialdemokratische Stimmen gegen 40 000 organisierte Sozialdemokraten, ein Verhältnis, das nicht so günstig ist, als das oft in Deutschland erzielte, das aber durchaus nicht als ungünstig bezeichnen kann. Zu ergänzen wäre auch noch, daß selbst in Berlin die Sozialdemokratie die Mandate nicht im ersten Ansturm erobert hat.“

Frankreich.
Paris, 12. März. Die französischen Panamiten befinden sich in großer Aufregung; Artons Geheimnisse sind wirklich enthüllt und wenn die Gerichte wollen, dann können die Chedechmer zur Nechenschaft gezogen werden. Allerdings hat Arton nicht ganz freiwillig seine Geheimnisse preisgegeben, er ist vielmehr überlistet worden, und zwar in folgender Weise: Arton war daran, dem Untersuchungsrichter allerhand Erklärungen über sein hieroglyphisches Chedebuch, mit rein theoretischen Ausführungen über die Bedeutung der Panamagesellschaft zu geben. Der Untersuchungsrichter that, als verstände er den Zusammenhang nicht und ersuchte Arton, sich etwas deutlicher auszusprechen. Arton kam dieser Aufforderung nach und ließ sich allmählich, da der Richter immer nicht zu verstehen schien, in thätigliche Erklärungen ein, so daß der Richter sich schließlich befriedigt erklärte und plötzlich das Verhör abbrach, um den Sachkundigen Hory kommen zu lassen, den er über die gewonnenen Aufklärungen unterrichtete und mit dem er dann zu dem Quibitor der Panamagesellschaft fuhr und von dort nach dem Sitz der Letzteren. An beiden Stellen wurden sofort Nachforschungen vorgenommen, die den besten Erfolg hatten. Unterthob harte Arton verputzt in dem Bureau des Untersuchungsrichters aus. Als der Richter und Hory nach drei Stunden zurückkehrte, war die Untersuchung um ein Wesentliches gefördert, so zwar, daß eine gutunterrichtete Persönlichkeit behauptet, daß, wenn Arton nunmehr jede weitere sachliche Aufklärung rundweg verweigerte, die Angelegenheit von selbst ihren Weg gehen konnte. Man hat den Beweis, heißt es, daß eine Anzahl Persönlichkeiten befohlen worden ist, die Anfrage um die Ermächtigung, gegen gewisse Parlamentarier das Strafverfahren einzuleiten, wird in drei bis vier Wochen gestellt werden, und zwar für alle Beteiligten zusammen, wenn Arton, der sich jetzt nicht mehr vorbeindern oder die Sache hinzieheln kann, Alles gestanden hat, was man von ihm erwartet.

Italien.
Rom, 13. März. Der Wahlkampf des Nationalrathes und leitenden Ausschusses der

sozialdemokratischen Partei, mitunterzeichnet von sämtlichen Vertretern der Partei in der Deputiertenkammer, erklärt als Ziele der Partei: Vergeltung des Bösen und der Produktionsmittel vermittelt Gewinnung der politischen Macht. Als vorläufige Aufgaben werden hingestellt: Herabsetzung der Militärärausgaben, Aufhebung der africanischen Colonie, Wahrung der verfassungsmäßigen Freiheiten, allgemeines gleiches und direktes Wahlrecht für alle Großjährigen beiderlei Geschlechts, unbedingte Entscheidung des Volkes, auch in auswärtigen Fragen, alleinige Befestigung der Bestehen, Gesehe für Arbeiterrecht und Versicherung.

Die Wirren im Orient.

Es liegen folgende Nachrichten vor:
Die Mächte haben endlich beschlossen, die griechische Note nicht zu beantworten und den Admiralen den Befehl zu erteilen, unermüßig zur Blockade der Häfen auf Akrea zu schreiten. Die Admiralte der vor Akrea liegenden Flotten verlangen Berichtigungen. Aus Kanaa wird von getriggen gemeldet: Die Admiralte wandten sich telegraphisch an ihre Regierungen mit der Bitte um einen Nachschuß von Seeleuten, der an Zahl denjenigen Truppen gleichkomme, die in den Städten Kanaa, Retimo, Kandia und Sitia gelandet wurden. Der Zweck ist, denjenigen Truppen Erleichterung zu schaffen, welche bei der Lösung der Brände in den Städten und bei Aufrechterhaltung der Ordnung großen Beschwerden ausgesetzt waren.

Kanaa, 15. März. Major Bor stellte die Ausübung der Funktionen als Chef der ausgelagerten internationalen Gendarmarie ein und begab sich an Bord des englischen Schiffes „Weng“. Kanaa ist in Folge der Befestigung von den türkischen Besatzung, nur das Fort, wo eine Kompanie türkischer Infanterie und eine Abteilung türkischer Artillerie eingeschlossen ist, blieb unverloren.

Paris, 15. März. Die „Agence Havas“ meldet aus Athen: Infolge von Ausfäherungen der muslimanischen Bevölkerung in Serailen richteten die Konfuln an die Admiralte das Ersuchen, gemischte Truppenabteilungen landen zu lassen.

Paris, 15. März. Die „Agence Havas“ meldet aus Athen: Gestern Abend wurden in Kifano Genschaufische erschossen. Die Stadt sieht an mehreren Stellen in Flammen.

Paris, 15. März. Der Korrespondent des „Eclair“ meldet aus Athen, die Regierung werde angefleht der zahlreich zutretenden ausländischen Freiwilligen in der heutigen Kammerung die Bewilligung einer Fremdenlegation beantragen.

Athen, 13. März. Die griechische Armee ist als in Mobilisierung befindlich erklärt.

Oldenburgischer Landtag.

Sonntags-Sitzung vom 11. März.
Die Beratung der Ausgaben des Sonntags für das Verputzen der in der heutigen Sonntagsitzung bei § 108, Schullehrerinnen in Oldenburg, fortgesetzt. In der Sonntagsitzung am 11. März 1895 ist an die für unentgeltliche Seminaristen eingestell. Der Ausschuss beantragt, hieron für 1895 3000 M. und für 1896 6000 M. abzugeben.

Cherreg-Nach Zugend beantragte, die Summe für 1896 auf 21 000 M. und für 1897 auf 19 000 M. festzusetzen.

Der Antrag wurde angenommen.
Die in den Etat eingeleitete Summe von 22 909 M. für Erhaltung einer fünften Semestralstelle wurde einstimmig genehmigt, bis die Entscheidung erst noch beantragt werden muß. (Der Ausschuss hat, nebenbei bemerkt, über die betr. Vorlage bereits beraten und beantragt deren Ablehnung.)

Eine ganze Reihe von Anträgen, die der Ausschuss beantragt wurde beantragt und angenommen. Ganz besonders hervorgehoben hat der Ausschuss namentlich die Beschlüsse für Schulgemeinden.

In der Debatte wurde betont, daß man vielfach zu luxuriösen Schulbauten neigend sei, die Schulen sollten einfach und solide gebaut werden.
Schon am 11. März beantragte, eventuell die Summe von 30 000 M. vom Jahr für 1897 einzuflehen.

Der Antrag wurde jedoch abgelehnt; der Ausschuss antwortet, auf einen bestimmten Betrag ausgehend, sich abzugeben.

Eine ganze Reihe von Beschlüssen wurde nach ohne Debatte, viele nach unentgeltlicher Debatte genehmigt.
Bei Beratung der Ausgabenpositionen „Kameralbau“ hat die 1895 im Uebigen festgesetzte Höchstgrenze über den Ponte-Canal (Limben in eine Jagdruhe) so eingerichtet werden möge, daß sie fest geschlossen bleibt. Der Jagdruhe und Jagdverleiher auf der Weide ist so beizubehalten, daß die unrichtiglichen Schenkschriften entfallen können, wenn die Weide alle Jagdruhe geöffnet ist. Auf dem Ponte-Canal-Kanal werde kein Reich daran bestehen, die Weiden zu öffnen.

Gemeinrat Nider erwiderte, daß die Schiffe bei Weiden, wenn diese nicht geöffnet würde; für unsere Verhältnisse ist eine Jagdruhe, die für die Schiffe geöffnet werde, das Natheile.

Bei Regulierung der großen Weide wurde die Bezahlung abgelehnt; Fortsetzung derselben heute Nachmittag 4 Uhr.

Wahlung vom 11. März.
In der Abendung, welche am 4. März 1895, nach der Wahlung die Beratung der Ausgaben des Sonntags wieder auf bei Position 187; Beschlüsse zu den Kosten der Regierung der großen Dampfer, je 10 000 M. für 1897 und 1898 und 8000 M. für 1899.

Der Ausschuss ist sich darüber einig, daß den Angehörigen des Lager-Bezirksgebietes geboten werden müßte, und man fand auch den Staatsrat für gerechtfertigt. Nur in der Nacht über die Verhandlungen zur Korrektur man sich bei Ausschuss nicht einig. Die Bericht beantragt die Ausnahme, die Bürgerzeit dagegen die Ablehnung des § 187.

Hg. Schulte führt die im Bezugsgebiete bestehenden, durch die nicht mangelhafte Entwässerung verursachten Schäden. Mit bis zum Ersten Iren total verloren gegangen. Der verputzte Schaden betrage 192 000 M. Ein regelmäßiger landwirtschaftlicher Betrieb ist dort ausgeschrieben. Er tritt, den Regierungsvertrag annehmen.

Abg. Buringe tritt den Antrag, diese Frage nicht nach den eingegangenen Petitionen zu entscheiden, zurück...

Von der Marine. Laut telegraphischer Meldung an das Oberkommando der Marine ist der Kreuzer „Prinzess Wilhelme“ am 14. März von Hongkong nach Yokohama in See gegangen...

Zemmannsloos. Ueber seine Sicherheit und ertrug er auf der Reife von hier nach Gersfeld...

Explosion hat, wobei fünf Arbeiter getödtet und einer schwer verletzt wurde. Der Materialschaden ist bedeutend.

Nach weiterer, sehr eingehender Debatte wurde der Antrag der Wähler, dahingehend, den § 187 abzulehnen, angenommen.

Neuend. 14. März. Gemeindegewerkschaften. In der heutigen Sitzung des Ausschusses...

Ein Zittlichthierse-Artikel ist von dem Revolutionsführer Westmann, der nebenbei auch Kapitan...

Paris. 13. Die sozialistischen Deputierten Groussier, Richard und Groussier, welche vor dem Untersuchungsausschuss erschienen...

Abg. Ormsberg führt im Namen der letzten aus, daß nach Feststellung des letzten Beschlusses...

Neuend. 14. März. Das Amt Jever macht bekannt: Wegen Umlegung des Schmelzschienen-Überbaus...

Vermishtes. Ein schreckliches Familien-drama wird aus Lage in Westfalen berichtet.

Paris. 12. März. Wie mehrere Blätter melden, dürfte Frankreich zu einer Expedition gegen Siam gezwungen sein...

Abg. Schröder tritt dafür ein, es beim Wille zu lassen. Der Ausschuss hat nicht auf den Antrag...

Neuend. 14. März. Der Antrag hat heute in dieser Session seine letzte Sitzung abgehalten...

Die neueste Gründung zur Pflege der Kunst und Literatur sind - Penden mit Papier-einzel in sieben Losen...

Wien. 15. März. Die Landgemeinden in Niederösterreich wählten acht Jungtürken, zwei Deutschnationalen, einen Christlich-Sozialen...

Abg. Schröder tritt dafür ein, es beim Wille zu lassen. Der Ausschuss hat nicht auf den Antrag...

Neuend. 14. März. Wegen Meinoid und Verleitung zum Meinoi wurde gestern der Maurerbrüderverein...

Als gallanter Mann erwiderte sich kürzlich ein fester Handwerkerbursche in Schwab. Er kam zur Mittagszeit in ein Haus...

Belgrad. 15. März. Bei Rakoff ist eine Armatenbande auf ferbisches Gebiet eingedrungen...

Abg. Schröder tritt dafür ein, es beim Wille zu lassen. Der Ausschuss hat nicht auf den Antrag...

Wir haben's ja dazu! Auch unsere Stadtväter haben sich „patriotisch“ gezeigt...

Neuere Nachrichten. Berlin. 15. März. Der Staatssekretär der Marine v. Hollmann hat aus Anlaß seines Mißerfolges...

London. 14. März. In Oldham haben gestern 2000 Maschinenarbeiter die Arbeit niedergelegt...

Abg. Schröder tritt dafür ein, es beim Wille zu lassen. Der Ausschuss hat nicht auf den Antrag...

Das Mädchen-Gymnasium, das hier geplant ist und wofür von Privatien gesammelt wird...

Leipzig. 15. März. Gegenüber der Meldung auswärtiger Blätter, betreffend einen in Leipzig vorgekommenen Verstoß...

Standesamtliche Nachrichten. Der Stadt-Wilhelmsboden vom 6. bis 12. März 1897. Geboren: Ein Sohn des Herrn...

Abg. Schröder tritt dafür ein, es beim Wille zu lassen. Der Ausschuss hat nicht auf den Antrag...

Der Zwischenfahrpreis nach Newyork ist vom Norddeutschen Lloyd für Schnell-Dampfer auf 160 Mk. für Postdampfer auf 150 Mk. erhöht...

Freiberg. 15. März. Dem Freiburger Anzeiger zufolge fand Nachmittags 2 1/2 Uhr in der Dunastraße ein Silberbörse eine

Verheiratung. Ein Sohn des Herrn...

Verheiratung. Ein Sohn des Herrn...

Advertisement for Wulf & Francksen. Text: 'Ueberzeugen Sie sich von den enormen Vortheilen, welche wir in unserem Räumungsverkauf bieten!' Includes address 'Landesbibliothek Oldenburg'.

S. Schmilowitz, Neue Straße 8.

Unter Leitung einer tüchtigen bewährten Direktrice eröffne ich in den nächsten Tagen eine Spezial-Abtheilung für
Damen- und Kinderputz.

Bekanntmachung.

Folgende Rechnungs-Regüler, nämlich:
 1. einer **Schulumlage** nach der Einkommensteuer pro zweites Semester 1896/97 gleich 70 Proz. der Jahressteuer;
 2. einer **Kirchenumlage** desgleichen gleich 15 Prozent der Jahressteuer
 liegen während der Zeit vom Dienstag den 16. d. M. bis inkl. Montag den 29. d. M. im Gerdes'schen Gasthause hieselbst zur Einsicht der Betheiligten öffentlich aus.
 Ertroffene Erinnerungen gegen die Richtigkeit derselben sind binnen gleicher Zeit schriftlich oder zu Protokoll beim Unterzeichneten einzubringen.
 Spestens, den 13. März 1897.
 Der Schulvorstand und Kirchenrath,
 Dr. Holtermann, Vtr.

Auktion.

Am **Donnerstag den 18. d. M.**
 Nachmittags 2 Uhr anfangend
 sollen im Gasthote des Herrn Rath, Neudrems, Grenzstraße 22,
 1 Spiegel mit Schrank, 2 Kleiderschränke, 1 Sopha, 13 Hölzerne Stühle, 3 Bettstellen mit Matratzen, 2 Kommoden, 4 Tische, 2 Küchenschränke, 1 Wasserbott, 2 Wasserreimer, 1 Wasserkoch, 1 Waschkübel, Bilder und Blumen, 4 Gardinenkasten und was sich sonst noch vorfindet
 öffentlich meistbietend gegen Baarzahlung verkauft werden.

F. Michaelis.

Ein Lehrling

von erbslichen Eltern für die **Publ.-Abtheilung** gesucht.

S. Schmilowitz
 Neue Straße 8.

Für die Volksversicherung tüchtige Vertreter

mit der Möglichkeit feiner Anstellung gesucht. Adressen unter „Versicherung G. K.“ an die Exp. d. Bl.

S. Janover

35 Marktstraße 35
 Weißwaaren und Betten-
 Aussteuer-Geschäft.

Bettfedern

und Dauen
 in vorzüglich gereinigter, füll-
 trächtiger Waare.

Betten

mit entsprechender Füllung liefert
 billigst

S. Janover

35 Marktstr. 35.

Oldenburg.

Donnerstag den 18. März 1897
 Abends 8 1/2 Uhr

Große öffentl. Volksversammlung

im Lokale des Herrn Gebken in Eversten.
Tagesordnung: Die Bedeutung des 18. März.
 Referent: Herr Paul Hug aus Bant.
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein
 Der Einberufer.

Gesangv. Frohsinn.

Einladung

zu der am **Sonntag den 28. März 1897**
 im **Vereinshaus zur Arche** stattfindenden

Abend-Unterhaltung

bestehend in
**Koncert, Gesang, komischen Vorträgen,
 Singspielen und Theater.**

Reichhaltiges Programm!

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Programme a 30 Pf. im Vorverkauf sind zu haben bei Budenberg, Bonentamp, Krimming, Weichmidt (Arche) sowie bei sämtlichen Mitgliedern. An der Kasse 40 Pf.

Zu diesem gesehrwürdigen Abend werden alle Freunde und Gönner des Vereins freundlichst eingeladen.
 Der Vorstand.

Pollux

ist wieder da!

Wer im vergangenen Winter einen Pollux-Nad-
 Mantel gekauft hat, weiß jetzt, daß er billig gekauft hat.
 Zur Frühjahrs-Saison bringe ich einen ebenso preis-
 werthen **Pollux-Regen-Mantel.**

Pollux ist ebenso elegant als haltbar.
 Pollux ist in schwarz, blau, braun und in dunklen
 Melangen zu haben.

Pollux ist nicht der billigste, aber der Preiswertheste
 Regen-Mantel.

Pollux kostet für Konfirmandinnen 10 Mk.
 Pollux kostet als großer Paletot 12—15 Mk.
 Pollux kostet mit abnehmbarer Pelzlinie 15—20 Mk.

Billige Regen-Mäntel

in den Preislagen von 6—10 Mk. in großer Auswahl.

Herm. Meinen

93 Roonstrasse 93.

H. F. Ludewigs Seifenpulver

Schutzmarke: „Vollschiff“

ist das anerkannt beste und daher im Gebrauch das billigste und be-
 quemste Wasch- und Reinigungsmittel.
 Künstlich ist **H. F. Ludewigs Seifenpulver** in den meisten
 Kolonialwaaren- und Drogeriehandlungen à 1/3 Pfund-Paket 15 Pf.
 Man achte beim Ankauf aber stets auf die Schutzmarke „Vollschiff“.

Süddeutscher Postillon!

Preis 10 Pfg

Die Nummer zum 18. März ist
 erschienen und vorrätig in der Buch-
 handlung des

Nordd. Volksblattes.

Buchhandlung des Nordd. Volksbl.

Bant, Neue Wilhelmstr. Str. 35.

Im Verlag von Wörlin u. Comp.,
 Nürnberg, erschien und ist durch uns
 zu beziehen:

Zum 18. März und Verwandtes.

Von B. Liebknecht.

Zweite Auflage (drei Bogen Oktav).

Preis 25 Pf.

Das Schriftchen wurde bei seinem
 ersten Erscheinen (gelegentlich der März-
 feier 1893) äußerst günstig aufgenommen
 und sehr rasch abgesetzt.

Vogelzüchter

und Liebhaber finden in den
 Voss'schen Neuheiten:

„Ceres“, das anerkannt beste
 gebrauchsfertige Aufzuchtflut-
 ter für Kanarien und andere Vogel
 à Dose 65 Pf.

„Exquisit“, das zuträglichste,
 fix und fertig zubereitete, keines
 Zusatzes bedürftige Feinfutter
 für Nachtigallen, Schamadrosseln,
 Spottdrosseln und andere zarte
 Weichschwärmer à Dose 75 Pf.

Voss'sche Vogelsämererien extra
 fein, in Paketen à 1/2 und 1 Pfd.
 zu 13 und 25 Pf., sowie die
 berühmten Voss'schen Vogel-
 futter-Spezialitäten für alle ein-
 heimischen u. fremdländischen
 Vögel, Voss'schen Milbenfänger
 u. s. w., erhältlich in Bant bei
 Rud. Keil, in Wilhelmshaven
 bei Rich. Lehmann.

Illustr. Käfig- und Utensilien-
 Katalog, sowie Vogel-Vorraths-
 und Preisliste versendet gratis
 und franco, den Voss'schen
 grossen Pracht-Katalog nach
 Einsendung von Mk. 1.20 in
 Marken Hoflieferant Gust. Voss,
 Vogel-Grosshandlung u. Käfig-
 Fabrik Köln a. Rh.

Damen- und Herren- Mode-Journale

liefert pünktlichst

Die Buchhandl. d. Nordd. Volksbl.

Neue Wilhelmshavener Straße 38.

Zu vermieten

habe ich noch einige möblierte

Zimmer.

Th. Joel, Lombeck 16.

Logis für 2 Leute

Neudrems, Bremerstr. 9.

Billig zu verkaufen

eine Ladeneinrichtung und zwei

Ladentische.

Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Zu verkaufen

ein leichter Kastenwagen, passend für
 Milch- und Biergeschäft, und ein neuer
 leichter Rollwagen auf Federn.

Job. Buhr, Wagenbauer,
 Kaiserstraße 3.

Schöne Mettwurst

à Pfund 60 Pfg.

empfehlen

Ferd. Cordes.

Feine Cervelatwurst

sowie

Plockwurst

à Pfd. 70 Pfg.

empfehlen

E. Langer, Neue Straße 10.

Gesucht

auf sofort oder Ostem einen ordent-
 lichen Jungen, der Lust hat, die
 Tischlerei zu erlernen.

S. Neben, Tischlermeister,
 Nordenham.

Gesucht

ein sauberes Mädchen für die Vor-
 mittagsstunden.

Anmeldungen: Weritgasse 22 pt.

Gesucht

ein Lehrling für mein Sattler- und
 Tapezir-Geschäft.

Gust. Gentel, Ballstr. 4.

Guten frägen

Mittagstisch

empfehlen

C. Weichmidt (Arche).

Geburts-Anzeige.

Die Geburt eines frammen Jungen
 beehren sich anzukündigen

Bant, den 16. März 1897

Emil Ahlsdorff und Frau.